



Prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit prägen Arbeitsmarkt

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 31. Januar 2012

"Atypische und prekäre Beschäftigung zu Niedriglöhnen bleibt auch 2012 das bestimmende Element am deutschen Arbeitsmarkt. Dass die Arbeitslosenzahl im Januar unter dem Vorjahreswert lag, beruht im Wesentlichen auf dem Boom der Billigjobs", kommentiert Sabine Zimmermann den Arbeitsmarktbericht für den Monat Januar. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Die Leiharbeitsbranche verzeichnete im vergangenen Jahr einen Beschäftigungszuwachs von 7,4 Prozent, jede dritte gemeldete offene Stelle ist mittlerweile ein Leiharbeitsplatz.

Teilzeitbeschäftigung nimmt insgesamt stärker zu als die Vollzeitbeschäftigung. Das

Normalarbeitsverhältnis - eine Vollzeitstelle mit existenzsicherndem Lohn - wird mehr und mehr zum Auslaufmodell. Um über die Runden zu kommen, brauchen immer mehr Beschäftigte einen Zweitjob. 2,6 Millionen sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte gehen mittlerweile einem Minijob als Nebentätigkeit nach, 135.000 mehr als noch vor einem Jahr.

Die Bundesregierung muss endlich deutliche Schritte zur Eindämmung des Niedriglohnbereichs unternehmen. Dazu gehören an erster Stelle die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Gleichbezahlung von Leiharbeitskräften und Stammpersonal. Wir brauchen mehr sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Vollzeitverhältnisse.

Parallel zur Ausbreitung der prekären Beschäftigung verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbslosen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 33 auf 34 Prozent sogar leicht erhöht und liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Vor diesem erschreckenden Befund darf die Bundesregierung nicht länger die Augen verschließen, sie muss endlich gegensteuern. Fehlende oder mangelnde Qualifikation ist die Hauptursache der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Hälfte der Langzeitarbeitslosen hat keinen Berufsabschluss. Für deren Weiterbildung und Qualifizierung müssen endlich ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden."